

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 50 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,25 M. vierteljährlich, hiesig Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 8 Pfg., von auswärts 10 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Nekrolog 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 62

Freitag, den 15. März 1918.

35. Jahrgang

STB. Großes Hauptquartier, 14. März. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz:

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten zwischen der Lys und der Scarpe, beiderseits der Maas und im Sundgau in der Gegend von Altkirch rege Tätigkeit. Auch an der übrigen Front vielfach lebhafteres Störungsfeuer. Kleinere Infanteriegefechte im Vorfeld der Stellungen.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 17 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballons abgeschossen. Von einem nach Freiburg fliegenden feindlichen Geschwader wurden an der Front 3 Flugzeuge heruntergeholt.

Mittmeister Zehr von Nischhofen errang seinen 65. Luftsieg.

Osten:

Die im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung von Braila über Galatz-Bendera auf Odessa angelegten deutschen Truppen haben nach Vandalenkampf bei Koldowanka Odessa besetzt. Ihnen sind von Schmeriniska her österreichisch-ungarische Truppen gefolgt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Ungeduld der Franzosen steigert sich. Die Verhärzung der Pariser Blätter, daß die Frühjahrs Offensive von dem Verband eingeleitet werde, hat sich bis jetzt nicht bestätigt; die jenseitigen Heeresleitungen und Kriegsräte haben sich die Sache wohl noch einmal überlegt. Es scheint ihnen wohl geraten zu sein, den deutschen Angriff abzuwarten. So hört man denn auch in der französischen Presse und in den diplomatischen Reden kaum mehr ein Wort davon, daß die deutsche Streitmacht vernichtet, der Rhein überschritten werden solle, Nebenarten, ohne die noch vor einigen Wochen kein Kriegsartikel sich an die Öffentlichkeit gewagt oder eine Parlamentsrede auf Beachtung zu rechnen gehabt hätte. Heute heißt es allgemein: Die Deutschen werden nicht durchkommen; die Linien der Verbündeten stehen fest wie eine Mauer usw. Das ist ein vielstimmiger Unterschied. Trotzdem aber will Clemenceau den Krieg fortsetzen, bis Ostpreußen französisch und Deutschland unter das Joch des Siegers gezwungen ist. Daß hier ein Widerspruch liegt, ist den Kriegstreibern im feindlichen Lager natürlich nicht verborgen. Aber sie können nicht mehr anders. Sie wissen, daß die Entscheidung nahe, und ebenso wissen sie, daß an der Westfront die Freiheit des militärischen Handens schon nicht mehr auf ihrer Seite liegt, mit anderen Worten, daß sie in die Verteidigung gedrängt sind. An der Erwägung werden selbst Clemenceau und Lloyd George nicht vorbeikommen; wenn es nicht möglich war, mit Hilfe des russischen Heeres der Deutschen Herr zu werden, wie soll das jetzt nach dem russischen Frieden geschehen können? So ist die Ungeduld allmählich zur Anarchie geworden, die nicht nur hinter der Front besteht, sondern auch in den Rudimenten an der Front selbst deutlich genug sichtbar ist. Zwischen Lys und Scarpe unterhielten die Engländer am 13. März besonders starkes Geschützfeuer, die Franzosen lenkten ihren Artilleriekampf vorwiegend gegen das Mittel im Sundgau, auch um Verdun dominierten die Kanonen. — Die große Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer, sie zählt etwa 600 000 Einwohner, ist am 13. März von den deutschen Truppen besetzt worden. Unsere Wackeren waren über Braila-Galatz den Schienenweg entlang und unter Benutzung der Eisenbahn zunächst nordwärts nach Bendera am Dniestr, und von da südlich an das Meer gelangt. Dabei kamen sie durch Gebiete, wo blühende deutsche Siedlungen entstanden und Barbariens Wirtschaft lehrreiche Vorbilder gewesen waren. Namen wie Kilm, Leipzig, Hoffnungstal, Friedensal, Lichtental, Gnodental, Sophiental, Ventendorf, und jenseits des Dniestr Salz, Groß-Viedental, Mannheim, Straßburg, Rosenfeld usw. zeigen an, daß hier Sachten, vor allem aber Schwaben, Badener und Elässer, auch Pfälzer Kulturbringer gewesen sind. Die Siedlungen sind von russischem Unverstand und Barbarenismus zerstört, die deutschen Bewohner nach Sibirien verschleppt und ihre Güter um Spottpreise an Spekulantenteils zwangsweise veräußert worden; was der „Zarismus“ noch übrig gelassen hatte, dürften die Bolschewiki im Verein mit Bruder Tschek vollends vernichtet haben. Unsere Truppen (Sachsen) haben also wohl nicht eben viel mehr retten können, das aber hätte sich Väterchen

seinerzeit auch nicht träumen lassen, daß das geräumte Gut jener mißhandelten Siedler, von deutlichen Bajonetten in Schutz genommen werden sollte. Nach dem Friedensvertrag müssen die Siedler voll entschädigt werden, die russische Brutalität hat also letzten Endes doch nur sich selbst geschadet.

Die französische Fremdenlegion, die an der Westfront in den vordersten Gräben verwendet worden ist, hat nach einer spanischen Meldung sehr schwere Verluste erlitten. In Afrika sollen nur noch kleine Abteilungen vorhanden sein.

Nach Schweizer Blättern wolle England an Italien umfangreicher als bisher Kohlen und Kriegsmaterial liefern, es verlange aber dafür die Abtretung eines Küstenplatzes, den es als Flottenstützpunkt ausbauen wolle.

Die Kommandanten der Luftabwehr von Neapel, Foggia und Termoli sind wegen Nachlässigkeit abgesetzt worden.

Die Verluste bei dem letzten Luftangriff auf London belaufen sich auf 20 Tote und 40 Verletzte.

Der Krieg zur See.

Berlin, 13. März. 1) Eines unserer Tauchboote, Kommandant Kapitänleutnant Gansjer, hat im Sperrgebiet um die Azoren 22 000 BRT. vernichtet. Außer einigen 7,6 Zentimeter-Geschützen wurde aus den Ladungen der Schiffe Messing, Zink und Gummi heimgebracht.

2) Im östlichen Mittelmeer hat ein Tauchboot, Kommandant Oberleutnant zur See Sprenger, 6 Dampfer und 2 Segler mit zusammen etwa 26 000 BRT. versenkt, darunter einen Munitionsdampfer. Ferner wurde ein feindlicher Kreuzer schwer beschädigt.

Berlin, 13. März. Der Orden Pour le Merite wurde an den Korvettenkapitän Heinicke, den Kapitänleutnant Waffner und den Oberleutnant zur See Steinbauer verliehen.

Der irische Schoner „Ranny Wynnal“ wurde von einem Tauchboot an der irischen Küste durch Geschützfeuer versenkt.

In Amerika soll ein neues Schiff gebaut worden sein, das nicht versenkt werden kann. Der Schiffkörper sei mit zahlreichen Luftkammern durchsetzt, die das Schiff auch bei großen Verletzungen schwimmend erhalten. Infolgedessen sei aber die Manövrierfähigkeit und der Laderaum vermindert. Das Schiff soll demnächst einer Probebelastung unterzogen und dann nach Europa gefandt werden.

London, 14. März. Der Hafenerkehr von Hull ist im Jahr 1917 auf 2 498 111 Nettotonnen (gegen 3 355 149 im Vorjahr) zurückgegangen.

Die Ereignisse im Westen.

Luftangriff auf Ostengland.

Berlin, 13. März. (Amtlich.) In der Nacht vom 12. zum 13. März hat eines unserer Luftschiffgeschwader mit großem Erfolg Plätze und militärische Anlagen am Dumber und in der Grafschaft York angegriffen. Die Schiffe stießen auf starke artilleristische Gegenwehr, die den Angriff aber nicht aufhalten konnte. Alle Schiffe sind ohne Beschädigungen zurückgekehrt.

London, 14. März. (Menter. — Amtlich.) Nach inzwischen eingelaufenen Berichten flogen drei feindliche Luftschiffe vorgestern abend zwischen 8.30 Uhr und 10 Uhr über die Küste von Norfolk. Nur eines wagte es, sich der besetzten Stadt Hull zu nähern. Es warf dort 4 Bomben ab. Die beiden anderen Luftschiffe kreuzten während einiger Stunden in großer Höhe über verschiedenen Distrikten und nahmen dann wieder Kurs nach dem Meere.

Haag, 14. März. Wie der „Nieuwe Courant“ aus London erzählt, wenden sich die „Daily News“ gegen die Wiedervergeltung durch Luftangriffe. Die auf deutsche Städte ausgeführten Angriffe bewirkten nur, daß die Luftangriffe auf London zahlreicher würden, anstatt daß ihnen ein Ende gemacht werde.

Der englische Bericht.

STB London, 14. März. Im amtlichen Bericht von gestern vom 13. März heißt es u. a.: Die feindliche Artillerie war gestern besonders heftig im Kampf um Cambrai und gegenüber Loos und während der Nacht im Abschnitt von Messines und Passchendaele tätig.

Reichstag.

Berlin, 13. März.

(Schluß.)

Anfrage des Zentrums betr. die Lage des Mittelstands. Staatssekretär Freyher von Stein: Die Regierung kennt die schwierige Lage des gewerblichen Mittelstands. Ein Programm zur Behebung der Mißstände kann noch nicht vorgelegt werden. Hier spricht die Frage des Mangels der Rohstoffe und der Arbeitskräfte sehr erheblich mit. Soweit möglich, ist gesorgt worden, daß stillgelegte Betriebe von den weiterarbeitenden Betrieben entschädigt werden. Die Hauptfrage ist die, daß die kleinen Betriebe möglichst bald wieder vollkommen aufgenommen werden können. Eine weitere Stilllegung von handwerksmäßigen Betrieben soll zunächst nicht mehr erfolgen. Wir wünschen die alsbaldige Rückkehr zur Freiheit von Handel und Verkehr. Namentlich die Rohstoffbeschaffung kommt in Frage. Auch die Beschaffung von Arbeitskräften ist beim Handwerk in Betracht zu ziehen, speziell die Erziehung des Nachwuchses. Notwendig wird eine Revision der Gewerbeordnung sein. Die Regierung ist entschlossen, an ihrem Teil zu helfen, um die Wunden zu heilen, die dem Volkshörper durch den Krieg geschlagen worden sind.

Abg. Bruhne (Soz.): Nach Beendigung des Krieges werden die aus dem Felde heimkehrenden Handwerker sich in Masse der Sozialdemokratie anschließen. Der Krieg befördert die Vernichtung des kleinen Handwerks. Das Großkapital häuft gewaltige Gewinne an. Dem Mittelstand kann nur durch die Taxation geholfen werden.

Abg. Doermann (F.V.): Ob die bisherige Wirtschaftspolitik eine Förderung des Mittelstands bedeutet hat, mag dahinstehen. Selbsthilfe hatten wir noch immer für das zweckmäßigste Mittel. Die Handwerker müssen außer vom Heer und der Marine auch von den anderen großen Verwaltungen Unterstützung erhalten. An Organisationen fehlt es dem Handwerk nicht. Neben die beruflichen Organisationen müssen die wirtschaftlichen treten. Das Handwerk muß einen angemessenen Teil der vorhandenen Rohstoffe erhalten. Am allergeringsten hat der kaufmännische Mittelstand gelitten.

Abg. Löhner (Nat.): Die finanzielle Hilfe des Reiches genügt für das Handwerk nicht. Es muß für Rohstoffe gesorgt werden, für deren Beschaffung in den Friedensverträgen besondere Bestimmungen zu treffen sind. Auch für Werkzeuge und Maschinen muß Sorge getragen werden. Für die Rohstoffbeschaffung muß dem Handwerk ein angemessener Kredit gewährt werden.

Weiterberatung: Donnerstag 2 Uhr nachmittags.

Berlin, 14. März.

Fortsetzung der Aussprache über die Anfrage betr. den Mittelstand.

Abg. Dr. Kapp (Kons.): Die Lage des gewerblichen Mittelstands liegt uns Konserwativen besonders am Herzen. Alle bürgerlichen Kreise wollen ja im Interesse des Staatswahls einen möglichst zahlreichen gewerblichen Mittelstand erhalten. Der Mittelstand ist das Rückgrat der Volkskraft. Das deutsche Volk braucht den Nachwuchs von unten herauf. Mit der Arbeiterbewegung haben wir einen hervorragenden Schritt gemacht. Nun muß die soziale Fürsorge auch für andere Kreise, namentlich die des Mittelstands, folgen. Die Sorge für den gewerblichen Mittelstand ist freilich die Hauptaufgabe der Bundesstaaten. Die Mittel dazu stehen sich durch eine Kriegsenfchädigung aufbringen. (Unruhe links.) Auch Rußland muß angesichts der Vermittlung in Ostpreußen herangezogen werden. Durch Stilllegung werden nur die Großbetriebe in unangemessener Weise gebedert. Die übrigen Kreditgenossen müssen geschaffen werden. Im Hinblick auf das Reichswirtschaftsrat sollte eine Reichszentrale zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes geschaffen werden.

Abg. Werner-Hersfeld (D.P.): Der Grundsatz von der freien Bahn dem Tüchtigen muß auch für die Berufsklassen gelten, nicht nur für die einzelnen Personen. Auch die mittleren und unteren Beamten dürfen nicht vergessen werden. Dem Wähler muß man entscheidener zu Leibe gehen. Die Kriegsgesellschaften sind herunter zu bauen.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.): Das Handwerk wird stets ein Handlanger des Großkapitals bleiben.

Nekes vom Tage.

Der Friede im Osten.

Berlin, 14. März. Die russische Friedensurkunde, die nach Bukarest geschickt werden mußte, um die Unterschriften des Staatssekretärs von Kischmann und des Ministers Graf Czernin einzuholen, ist wieder in Berlin eingetroffen und wird heute dem Bundesrat zugestellt werden. Die vorläufigen Verhandlungen mit Rumänien haben einen günstigen Verlauf genommen. Die Hauptverhandlungen werden nunmehr wieder aufgenommen werden, nachdem der rumänische Unterhändler in Bukarest wieder eingetroffen ist.

Die Polenfrage.

Berlin, 14. März. Nach dem „Berl. Tagebl.“ und der „Frankf. Hg.“ sollen die Mehrheitsparteien des Reichstags (wohl ohne die Nationalliberalen, D. Schr.) sich auf ein Entgegenkommen gegen die polnischen Forderungen geeinigt haben in der Richtung, daß Deutschland auf polnisches Gebiet an der deutschen Grenze zur militärischen Sicherung verzichte und daß Polen gegen Polen im Falle eines Krieges nicht kämpfen soll. An demselben Tage soll ein polnisches Angebot an die deutsche Regierung eingegangen sein, das die Polen das gegen verweigern werden. Die Polen das gegen verweigern werden.

auf deutsche Gebiete und suchen Anschluss an die Mittelmächte.

Grüß der Deutschen Universitäten an Dorpat.

Berlin, 14. März. Die Versammlung der Rektoren der deutschen Universitäten sandte gestern von Halle aus nach Dorpat (Livland) ein Telegramm, in dem sie die Befreiung Dorpats begrüßt und die Hoffnung ausdrückt für das kräftige Wiederaufblühen der deutschen Wissenschaft dortselbst.

Bundesstaaten und Kriegskosten.

München, 14. März. Im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenversammlung erklärte Finanzminister von Breunig, die Beratungen über die Tilgung der Kriegsschuld werden schon jetzt eingehend gepflogen. Von der Abwälzung auf die Bundesstaaten könne keine Rede sein. Auch werde nicht an eine Vermögensbeschlagnahme oder gar Enteignung der Kriegsanleihen gedacht. Dazu seien die wirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reichs viel zu gesund. Es entspreche der Gerechtigkeit, für die Kriegskosten diejenigen haftbar zu machen, die die deutsche Friedenshand zurückgewiesen hätten. Den Bundesstaaten dürften die bisherige Steuerquellen nicht entzogen werden, dagegen könne man sehr wohl von Reichsmonopolen reden.

Enttüllungen und kein Ende.

Berlin, 14. März. Aus Paris kommen dunkle Andeutungen, als ob man dort neue „Beweise“ dafür gefunden habe, daß Frankreich durch Deutschland in den Krieg getrieben worden sei. (Die Enttüllungen dienen Clemenceau nur dazu, die Kriegsstimmung in Frankreich aufs neue aufzupeitschen. D. Schr.)

Spanien ist reich geworden.

Buenos Aires, 14. März. Die Regierung hat das Anerbieten, von der Bank von Spanien 500 Millionen Pesetas zu leihen, abgelehnt.

Amerikanische Rüstungen.

Washington, 14. März. Es erging an weitere 95 000 Mann der Befehl, sich zur Einstellung in die Uebungslager bereit zu halten. Das ist die letzte Einstellung der ersten Gstellungsaufzüge.

„Unregelmäßigkeiten.“

Berlin, 14. März. Dem „Verf. Lokalan.“ wird aus Lugano gemeldet, Senator Marconi habe im italienischen Senat „Unregelmäßigkeiten“ bei Kriegslieferungen aus Amerika zur Sprache gebracht, in die die italienische Ankaufskommission und die diplomatische Vertretung in Washington verwickelt sei. Der Minister hat eine Untersuchung angeordnet.

Falschmeldung.

Rom, 14. März. Der „Osservatore Romano“ erklärt die Meldung des Pariser „Matin“, daß die Mittelmächte versucht hätten, durch Vermittlung des Papstes mit Wilson für den Frieden zu wirken, für falsch.

Ungehörter Druck des Verbands auf die Neutralen.

Amsterdam, 14. März. Der Vertreter des Voss-Bureaus in Amsterdam erzählt, daß der englische Gesandte im Haag im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffsraums gegen entsprechende Frachttarife und Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Krieg für Forderungen der innerhalb des Sperrgebietes verlangt hat. Der holländischen Regierung wurde zu ihrer Antwort eine Frist von 8 Tagen eingeräumt. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgegeben werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden.

(Ein schlüssiger Beweis für die Schiffsnot der Feinde und die Wirkung des Tauchbootkriegs. D. Schr.)

Rotterdam, 14. März. „Holländische Neutrale Bureau“ meldet aus London: Der vormalige deutsche Gesandte Graf Lutzburg ist nach einer Meldung der „Exchange Telegraph Company“ nach Chile geflüchtet. Der Militärattaché ist ebenfalls verschwunden. Die Polizei ist seit mehreren Tagen ohne jede Spur von den beiden Herren. Es wird angenommen, daß Graf Lutzburg sich nach der deutschen Gesandtschaft in Chile begeben hat.

Die Wirren in Rußland.

London, 14. März. „Morning Post“ erzählt aus Petersburg, daß Trocki in Petersburg bleiben werde, wo er an die Spitze des Rates der Volkskommissare der Stadt Petersburg treten werde. Lenin werde nach Moskau gehen, um dem Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Kosakenvertreter beizuwohnen, der am 14. März die Friedensbedingungen prüfen wird. Die Abstimmung soll am 17. März erfolgen.

Stockholm, 14. März. Der aus Finnland zurückgekehrte schwedische Sozialist Böhmert berichtet im „Sozialdemokraten“, daß er sich selbst von Grausamkeiten der Roten Garde habe überzeugen können.

Vermischtes.

Ertrunken. Auf der Talpferre von Lingen (Hannover) kippt ein mit 6 Personen besetzter Kahn um. Alle Insassen sind ertrunken.

Erhöhte Gerichtskosten und Anwaltsgebühren. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über Kriegszuschüsse zu den Gerichtskosten, sowie zu den Gebühren der Rechtsanwältinnen und der Gerichtsvollzieher zugegangen. Die in § 8 des Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebührensätze erhöhen sich bei Gegenständen im Werte 1. von mehr als 300—2100 Mark einseht, um zwei Zehntel, 2. von mehr als 2100—5400 Mark um vier Zehntel, 3. von mehr als 5400—10 000 Mark einseht, um vier Zehntel, 4. von mehr als 10 000 Mark einseht, um fünf Zehntel. — Die Gebührensätze der §§ 62, 63, 69 und 75 des

Gerichtskostengesetzes erhöhen sich um ein Viertel, die Gebühren der §§ 70 bis 72 um die Hälfte. — Die Gebühren des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte erhöhen sich um drei Zehntel und in der Berufsgerichtsordnung um fünf Zehntel. — Die Gebührensätze der §§ 4 bis 11 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher erhöhen sich um drei Zehntel. — Die in § 80 Satz 1 des Gerichtskostengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1909 bestimmten Schreibgebühren von 20 Pfg. für die Seite erhöhen sich auf 40 Pfg. Die Seite muß mindestens 32 Zeilen von durchschnittlich 45 Silben enthalten.

Zeppelindenkmol. Privatier Otto Schmalz hat für das Zeppelindenkmol seine Spende um 5000 Mk. auf 20 000 Mk. erhöht, womit die Errichtung des Denkmals gesichert ist.

Vorsicht! Ein Herr Josef Blank verpackt, in die Filiale der Württembergischen Vereinsbank in Ulm a. D. mittels, ein aus dem Felde datiertes Kundschreiben, in dem er von der Absicht der Gründung eines größeren

Landtag.

Stuttgart, 13. März.

Bei der Fortsetzung der Beratung über die Teuerungszuschüsse an die Beamten begrüßte der Abg. Dr. v. Mühlberger (Nal.) die einstimmige Entschlossenheit die wirtschaftliche Not des Beamtenstandes zu lindern. Dann wandte er sich scharf gegen den Abg. Hofschka, der die Beamten als Hamster und Wucherer hingestellt hatte; das Gegenteil sei wahr.

Abg. Hiller (B. K.) gab der Zustimmung seiner Partei zu den Ausschufanträgen Ausdruck; eine durchgreifende Neuordnung der Gehaltsordnung könne erst nach dem Kriege Platz greifen. Finanzminister Dr. v. Bistorius gab bekannt, daß die Frage der Gewährung von Teuerungszulagen an die Körperschaftsbeamten bereits erledigt sei.

Abg. Groß (B.): Die staatlichen Unterbeamten und Arbeiter können mit den gewöhnlichen Teuerungszulagen bedrückt sein. Die im Stoppengebiet beschäftigten Eisenbahner sollten höhere Löhne erhalten. Das Verkehrsministerium sollte auf die Direktion der Privatbahnen einen Druck ausüben, ihrem Personal entsprechende Zulagen zu gewähren. Die Gehaltsaufbesserung dürfe keineswegs eine Steigerung der Lebensmittelpreise zur Folge haben.

Abg. Fischer (B.) erklärte die gegen die Beamten erhobenen Vorwürfe für unzulässig und gar unangebracht. Abg. Hofschka (Unabh. Soz.) stellte fest, daß seine Partei im Interesse der Unterbeamten und Arbeiter der Vorlage zustimmen werde, wenn auch schweren Herzens. Der Abg. Keil hätte sich daran getan, wenn er erklärt hätte, daß seit dem 4. August 1914 seine Politik mit der der bürgerlichen Parteien auf Ordnung und Verbot verbunden sei.

Hierauf wurden die Ausschufanträge nahezu einstimmig angenommen, die Anträge Hofschka mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Resolution Kiene betr. Gewährung von Zulagen an Körperschaftsbeamte wurde einstimmig angenommen.

Nach Genehmigung des Rechnungsbereichs des Ständlichen Ausschusses ging man über zur ersten Beratung über die Änderung des Lehrlersbesoldungsgesetzes.

Für die Beamten, so führte Abg. Weder (B.) aus, sei zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs die Möglichkeit der vierteljährlichen Zahlung der Gehaltsbezüge geschaffen worden, es sei erwünscht, für die Volkshilfsträger (es kommen nur 200 in Betracht) die gleiche Regelung zu treffen. Abg. Löcher (B.) hielt die finanzielle Wirkung nicht für besonders groß; die indirekte Wirkung aber bestehe darin, daß die Beamten die Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs kennen lernten.

Nach mehreren Bemerkungen der Abgg. Henmann (Soz.), Wolff (B. K.), Engelhardt (Unabh. Soz.) und Heber (Nal.) wurde dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zugestimmt und nach einer kurzen Erklärung des Kultusministers Dr. v. Hohmann der Antrag einstimmig angenommen.

Bei der ersten Beratung des Gesetzes über Änderung des Vergütungsgesetzes bemerkte Abg. Kelsch (Soz.): Das Vergütungsgesetz lege die Hand auf die Naturschätze des Landes, soweit sie nicht im Privatbesitz seien. Das Gesetz müge dazu beitragen, der württembergischen Industrie den Wettbewerb mit geographisch günstiger gelegenen Gebirgsbeweise zu ermöglichen.

Finanzminister Dr. v. Bistorius betonte, daß wir die neue Zeit mit neuen Mitteln nähern wollen; er bitte, dem Entwurf zuzustimmen.

Abg. Wieland (Nal.) hielt das Gesetz für eine Folge der Kriegserziehung.

Abg. Graf (B.): Die Bodenschätze müßten dem Privatkapital so schnell wie möglich entzogen werden. Trotzdem sei der Vorzug einer gewissen Gehaltszahlung zu geben, die die Produkte in Verarbeitung nehme. Im Notfall sei ein Sperrgesetz zu erlassen.

Abg. Herrmann (B.) hielt eine Ueberwälzung des Gesetzes an den Finanzausschuß für notwendig.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Mülling (B. K.) und Hornung (U. Soz.) wurde der Entwurf an den Finanzausschuß verwiesen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Stuttgart, 14. März.

Die Zweite Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung zunächst eine Denkschrift der Regierung über Entschädigungen, Tagelöhner und Reisekosten der Ständemitglieder in Anpassung an die Teuerungsverhältnisse zur Kenntnis. Darnach erhalten mit Wirkung vom 1. Februar ab die Ständemitglieder zu dem Tagelohn von 15 Mark einen Zuschuß von 10 Mark, die Ständemitglieder, die Beamte oder Lehrer sind, zu dem Tagelohn von 11 Mark einen solchen von 9 Mark, ferner die Präsidenten der beiden Kammern einen ähnlichen Zuschuß von 1400 Mark, die übrigen Mitglieder des Älteren Ständlichen Ausschusses einen solchen von 500 Mark. Nachdem der Ministerpräsident die Zustimmung der Regierung kund gegeben hatte, bildete die Änderung des Fürsorgegesetzes, das das Fürsorgerecht für Minderjährige auf das 18. Lebensjahr ausdehnt, den Gegenstand eingehender Beratung. Die Abgeordneten Roth (B. K.), Mohr (B.), Löcher (B.) und Hasel (Nal.) sprachen sich zu den Ausschufanträgen zu. Klammend aus, als blühe mit dem Unterchied, daß der Abg. Roth sich gegen den Antrag Mohr wandte, der schon den Versuch, einen Abstieg der Fürsorge-Erziehung zu entscheiden, strafbar macht. Die Redner der sozialist. Partei und der Unabh. Sozialdemokraten Schlegel und Hornung erklärten, daß sie sich mit dem Entwurf nicht abfinden können. Nachdem der Abg. Stroß (B. K.) den Sparwahn der Jugend empfohlen hatte, erklärte sich Justizminister Mandry mit dem aus dem Ausschuff herorgegangenen Antrag Mohr und der Entschließung (allgemeine Durchsicht des Fürsorge-Erziehungsgesetzes und Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs) einverstanden. Hierauf wurde der Gesetzentwurf mit den Ausschufanträgen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. — Morgen Berggesetz.

Württemberg.

Stuttgart, 14. März. (Personalien.) Der Leiter des Stadterweiterungsamts, Bauart Muesmann hier, ist in Berlin-Schöneberg zur Wahl als Stadtbaurat und befohrtes Magistratsmitglied aufgestellt worden.

Stuttgart, 14. März. (Witzgenuß.) In der städtischen Markthalle wurden im Jahr 1917 566 Zentner Speiseöl zum Verkaufswert von etwa 30 000 Mk. zugeführt gegen durchschnittlich 10 Zentner in Friedenszeiten. Obenan steht von 11 zugelassenen Arten der

Pfifferling (Eierschwamm), dann folgen der Steinpilz, der Semmelpilz und der Rothautröhrling.

Stuttgart, 14. März. (Vermisst.) Seit 5. März wird der 35 Jahre alte, bisher in der Silberburgstraße 121 wohnhafte, verheiratete, schwachsinige Friseur Christian Binder von Södingen O. A. Böblingen vermisst.

Vietigheim, 14. März. (Beschlagnahmtes Mehl.) Auf der hiesigen Bahnstation wurden 28 Ztr. Weizenmehl, die auf dem Weg des Schleichhandels nach Frankfurt kommen sollten, beschlagnahmt.

Schorndorf, 14. März. (Gesundene Kindesleiche.) Beim Leeren des Bahnschleigaborts wurde die Leiche in Fäulnis übergegangene Leiche eines etwa sechs Monate alten Kindes herausgezogen.

Ellwangen, 14. März. (Vom Offiziersgefängenenlager.) Gestern früh trafen weitere 180 italienische Offiziere aus dem Lager Raftatt hier ein. Nunmehr ist das Ellwanger Offiziersgefängenenlager mit 580 italienischen Offizieren und 120 Mannschaften voll besetzt.

Leutkirch, 14. März. (Großer Schaden.) Einem Gastwirt in Legau sind innerhalb kurzer Zeit zwei Pferde an Vergiftungserscheinungen verendet, wodurch dem Besitzer ein Schaden von über 8000 Mk. entstanden ist.

Leutkirch, 14. März. (Mord.) Der unter dem Verdacht, den Jagdaufseher Schwerk ermordet zu haben, verhaftete Holzhauser Kramer soll ein Geständnis abgelegt haben, daß der eigentlichen Mord ein fahnenflüchtiger Soldat, der in Urtan in Dienst stand und jetzt verschwunden ist, verübt hat. Nach der Tat wurde im Freienhofen ein Soldat mit verbundenem Kopf gesehen. Die Wunden rühren von dem Kampf mit dem Ermordeten her.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck hat seine Lage wiederum verschoben. Neue Stürme ziehen auf. Für Samstag und Sonntag ist trübes, aber noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten. CCB.

Baden.

Heidelberg, 14. März. In Heilbronn... steinad ist das landwirtschaftliche Anwesen der Witwe Rehsberger durch Feuer verbrannt worden. Der Brand ist durch den 9-jährigen mit einem Streichholz spielenden Sohn der Brandgefahrlichen verursacht worden. (g. K.)

Zauberbrunnshausen, 14. März. Der älteste Mann unserer Stadt Landwirt Adam Zubroff ist im Alter von 93 Jahren gestorben.

Bruchsal, 14. März. Der Bürgerausschuß stimmt dem nächst. Voranschlag mit einem Umlagesatz von 36 Pfg. wie bisher zu.

Offenburg, 14. März. Am Freitag, den 15. März, sind 25 Jahre verfloßen, seit Oberbürgermeister Hermann durch einstimmige Wahl an die Spitze der Stadt Offenburg gestellt worden war.

Unkirch bei Freiburg, 14. März. Durch Feuer wurden hier zwei Scheunen zerstört. Fünf Stück Vieh sind mitverbrannt. (g. K.)

Mühlheim, 14. März. In der Generalversammlung des Oberbad. Weinbauvereins sprach Reichstagsabg. Bürgermeister Dr. Gugelmeier aus Vorrach über die in Aussicht stehende Reichsweinsteuer. Er betonte, nachdem man einmal voranschaulich um eine Besteuerung des Weines nicht herumkommen werde, so sei es besser, in dem richtigen Ausbau des Steuergesetzes mitzuarbeiten, als rundweg abzulehnen. Die Vandalensteuer sei zu verwerfen wegen der zu erwartenden Unzulänglichkeiten in der Ausführung der Steuerrückführung, ebenso sei eine Grundsteuer abzulehnen. Dagegen empfahl der Redner eine Besteuerung auf den Wert des Weines unter der Voraussetzung, daß die einzelnen Landessteuern wegfallen, wenn die Reichsweinsteuer in Kraft tritt. Die Steuer sollte nicht vom Erzeuger, sondern vom Verbraucher entrichtet werden. Der Hausrat müsse steuerfrei bleiben. Die Ausführungen fanden starken Beifall und lebhaften Zustimmung.

Konstanz, 14. März. Die Vollversammlung der konstanzer Handwerkskammer sprach sich dahin aus, daß mit den Vorarbeiten für eine Reform des Bad. Handwerkskammergesetzes zu warten sei, bis feststeht, welche Gestalt die betr. Reformbestrebungen in Preußen nehmen würden.

Zur Enteignung von Bestandteilen von Grundstücken hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen, derzufolge der Uebernahmepreis für die für Kriegszwecke enteigneten Bestandteile und Zubehörsstücke von Grundstücken mit befreiender Wirkung gegen Dritte, denen ein Recht an diesen Sachen zustand, an den Eigentümer ausgezahlt werden kann. Bei der Durchführung derartiger Enteignungen hatten sich für die Auszahlung des Uebernahmepreises Schwierigkeiten ergeben mit Rücksicht auf Dritte, denen ein Recht an den Grundstücken zustand. Bei der Durchführung der Verordnung soll in Fällen, in denen die Rechte der Dritten wesentlich berührt werden, tunlichst Rücksicht auf diese Rechte genommen werden.

Büschel- und Spreißenholz.

Auf dem Windhossjagewort steht eine größere Menge Büschel- und Spreißenholz zum Preise von 32 Pfg. für ein Büschel oder 10 Mark für 1 Km. Spreißenholz zum Verkauf. Bezugsweise hiez können auf dem Lebensmittelamt abgeholt werden.

Wildbad, den 14. März 1918.

Stadtschultheißenamt: Wagner.

Druckz. Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.